

Der Vorstand

Nadja Rackwitz-Ziegler
Johannes Messerschmid
Cornelia von Pappenheim
Oswald Utz

Burgstr. 4
80331 München
Telefon 233-21075
Telefax 233-21266
behindertenbeirat.soz@muenchen.de

An die
Stadtkämmerei

per Mail an
beschlusswesen.ska@muenchen.de

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Datum
13.08.2021

Den sozialen Folgen der Pandemie wirksam begegnen und für alle da sein, die beim Neustart nach Corona Unterstützung brauchen!

StR-Antrags-Nummer: 20-26 / A 01765

Antrag der SPD / Volt Fraktion, Fraktion Die Grünen - Rosa Liste v. 27.07.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Vorstand des Behindertenbeirats der LH München nehmen wir zu o.g. Stadtratsantrag wie folgt Stellung und bitten um Berücksichtigung unserer Anmerkungen:

Mit dem im Antrag geforderten Fonds im Umfang von 7,5 Mio. Euro wird die Stadtverwaltung aufgefordert, soziale und bildungspolitische Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Wir fassen diesen Antrag als klare Festlegung von Prioritäten auf, denen vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltssituation der LHM besondere Bedeutung zukommt.

Diese Priorisierung begrüßen wir ausdrücklich und freuen uns darüber, dass auch Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in München über den benannten Fonds finanziert werden sollen.

Dies ist aus unserer Sicht auch dringend erforderlich. Menschen mit Behinderungen dürfen nicht Leidtragende der Haushaltskonsolidierungen werden. Sie sind immer noch von vielen Lebensbereichen ausgeschlossen und die Umsetzung der UN-BRK kommt nur zögerlich voran. Insbesondere während der Pandemie sind Menschen mit Behinderungen mit besonderen schwierigen Herausforderungen konfrontiert (Beschaffung von Hygiene-Ausstattung, Isolierung aufgrund höherer Ansteckungsrisiken, zögerliche Öffnungen von Pflegeheimen und Werkstätten, Informationsdefizit bei Menschen mit Hörbehinderungen sowie Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, etc.).



Die akuten Phasen der Pandemie haben nachdrücklich aufgezeigt, dass eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen immer noch nicht selbstverständlich und sogar massiv eingeschränkt ist.

Umso wichtiger ist es, den eingeschlagenen Weg zur Umsetzung der UN-BRK anhand von bereits beschlossenen Aktionsplänen der LHM fortzuführen.

Das bedeutet nun konkret, dass noch nicht finanzierte Maßnahmen aus dem ersten und dem zweiten Aktionsplan dringend umgesetzt werden müssen.

Wir bitten darum, den KITA-Helfer Beschluss, den Modellversuch zur Inklusion an Berufsfachschulen und das Stufenkonzept Inklusion aus dem vom RBS angemeldeten Eckdatenbeschluss wieder in die Haushaltsplanung im Dezember aufzunehmen.

Drei weitere Maßnahmen, die zwar vom Stadtrat im 2. Aktionsplan beschlossen wurden, aber wegen fehlender Geldmittel bis dato nicht angelaufen sind, sollten ebenfalls über den Pandemiefolgen-Fonds gesichert werden:

Es handelt sich um den WC-Finder (Zuständigkeit beim Kommunalreferat), sowie um zwei Zuschussprogramme zum barrierefreien Wohnungsumbau und zum Wohnen am Ring (Zuständigkeit Planungsreferat).

Es wäre ein wichtiges Signal für unsere Mitbürger*innen mit Behinderungen, wenn diese Maßnahmen des Aktionsplans und die drei Maßnahmen des Referats für Bildung und Sport doch noch umgesetzt werden könnten.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Der Vorstand

Nadja Rackwitz-Ziegler
Vorsitzende

Cornelia von Pappenheim
Stellv. Vorsitzende

Johannes Messerschmid
Stellv. Vorsitzender

Oswald Utz
Behindertenbeauftragter